

Betreff:

Videüberwachung in der Landeshauptstadt
- Antrag der Fraktionen von CDU und BLW/ULW/BIG vom 07.12.2022 -

Antragstext:

Das Ordnungsamt betreibt gemeinsam mit der Landespolizei eine Videoschutzanlage in der Wiesbadener Innenstadt mit 72 hochauflösenden Kameras, die präventiv regelmäßig bei Einsatzmaßnahmen der Landespolizei genutzt werden. Auch bei Hinweisen aus der Bevölkerung können Landespolizei und Stadtpolizei noch schneller und vor allem zielgerichteter reagieren: zum Beispiel, wenn es darum geht, zu klären, ob sich Hinweise vor Ort bestätigen und Maßnahmen getroffen werden können; wie sich Situationen vor Ort entwickeln, welche Kräfte man zur Bewältigung der Lage benötigt etc.

Grundsätzlich dürfen Polizei und Kommunen Videokameras sowieso nur einsetzen, soweit dies zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Die konkreten rechtlichen Vorgaben dazu ergeben sich aus dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (§ 14 Abs. 3 und 4 HSOG). Wie sowohl die Vergangenheit, als auch aktuelle Vorfälle hier in Wiesbaden zeigen, haben Videoüberwachungsinstrumente an neuralgischen Brennpunkten in Wiesbaden gute und wichtige Arbeit geleistet. Wiesbaden hat auch abseits der bekannten Brennpunkte gerade für viele Frauen zahlreiche Angsträume. Mithilfe der 72 Kameras sind in den vergangenen beiden Jahren laut der Wiesbadener Polizei etliche Delikte aufgeklärt worden. Selbst die mediale Berichterstattung erkennt dies an und thematisiert diese Erfolge¹.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Es wird festgestellt, dass sich die am Platz der Deutschen Einheit und am Schlachthof installierten Videoschutzanlagen bewährt haben. Die Videoschutzanlagen haben nicht nur zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beigetragen, sondern auch den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten bei der Aufklärung von Straftaten maßgeblich geholfen. Die Stadtverordnetenversammlung teilt dementsprechend die durchweg positive Bewertung der installierten Videoschutzanlagen durch die Landespolizei.
2. Als Konsequenz bittet die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, unter Einbeziehung der Landespolizei jährlich zu prüfen, ob die Errichtung weiterer Videoschutzanlagen in Wiesbaden fachlich sinnvoll ist und die tatsächlichen sowie rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind. Sollte dies der Fall sein, ist eine zeitnahe Realisierung der zusätzlichen Videoschutzanlagen anzustreben, vorzubereiten und durchzuführen. Erforderliche Finanzierungsmittel sind rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen anzumelden und in Betracht kommende Komplementärfinanzierungen zu nutzen.

¹https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/zwei-jahre-videouberwachung-hat-sie-sich-bewahrt_25693104

Antrag Nr. 22-F-78-0009
CDU und BLW/ULW/BIG

Wiesbaden, 07.12.2022

Daniela Georgi
Fraktionsvorsitzende
CDU-Fraktion

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer
CDU-Fraktion

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende
BLW/ULW/BIG-Fraktion

Veit Wilhelmy
Stadtverordneter
BLW/ULW/BIG-Fraktion

Faissal Wardak
Stadtverordneter
BLW/ULW/BIG-Fraktion